

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßwaren- u. Keksbäckerei

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Er erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreizeipaltene Petitzeile 50 Pfg., für die Zeilen 30 Pfg.

## Die Steuerfurchen des Kapitals.

Bei der Ausbringung der ungeheuren Steuern, die der Weltkrieg im Gefolge gehabt hat und noch haben wird, befindet sich Deutschland verhältnismäßig in einer günstigen Lage. Während die andern kriegsführenden Völker im Auslande Schulden machen und deshalb nach dem Kriege genötigt sind, einen großen Teil der Steuerkraft auf Jahrzehnte hinaus über die Landesgrenzen zu schicken, haben wir Deutschen den weitaus überwiegenden Teil unserer militärischen und zivilen Bedürfnisse im Inlande zu decken vermocht. Wir sind deshalb Schuldner unserer eigenen Volksgenossen geworden, und die zahlreichen Milliarden, die von uns aufgebracht worden sind, stehen zwar als Schuldenposten in der Bilanz unserer Staaten und Städte, aber gleichzeitig auch als Vermögensposten in den Büchern deutscher Kapitalisten. Das Anwachsen unserer Schulden zu einer geradezu erschrecklichen Riesenschuld wird begleitet von einem Anwachsen der Einzelvermögen zu einer ungeheuren Kapitalanhäufung in den Händen Einzelner oder der Gesellschaften. Die aufzubringenden Steuern werden also im wesentlichen dazu verwendet werden müssen, um den Vermögenszuwachs deutscher Kapitalisten zu verzinsen. Dies Tributverhältnis zwischen dem deutschen Volke als Gesamtheit und der besitzenden Klasse wird dadurch verschleiert, daß die Lieferungen der Agrarier und Industriellen und die Dienstleistungen der Vermittler nicht direkt mit Schuldscheinen bezahlt werden, sondern daß Staat und Städte Anleihen aufnehmen und damit bezahlen. Sie sind infolgedessen nicht mehr die Schuldner jener Kapitalisten, mit denen sie direkt verkehren, sondern jener namenlosen Geldleute, die die Anleihen gezeichnet haben. Vielfach sind es allerdings dieselben Leute, die mit der einen Hand die Kriegsgewinne einstreichen und mit der andern Hand die Kriegsanleihen zeichnen; aber geschäftlich und finanziell sind es verschiedene Personen.

Wie die Statistik nachweist, sind auch zahlreiche „kleine Leute“ mit niedrigen Summen an den Kriegsanleihen beteiligt. In der Hauptsache aber handelt es sich um das Großkapital, das gegen anständige Zinsen die öffentlichen Kassen füllt. Dieses Großkapital streicht hohe Zinsen und hohe Gewinne ein, während die Not der großen Masse des Volkes immer mehr steigt, es erwidelt sich mit Riesenschritten zu einer Plutokratie (Geldherrschaft), der selbstverständlich auf der andern Seite der Pauperismus (die Massenarmut) gegenübersteht. Es kann gar nicht bestritten werden, daß der Krieg die bei uns in Deutschland schon vorher bestehende Tendenz zur kapitalistischen Geldherrschaft ganz gewaltig gefördert und beschleunigt hat. Damit wird auch die Gefahr größer, daß die Kluft zwischen Arm und Reich ungeheuer erweitert und daß der größte Feind einer gesunden Entwicklung: eine mächtige Plutokratie in einem verarmten Volke, unserer deutschen Zukunft seinen Stempel aufdrücken wird. Hieraus ergibt sich für jeden, der es gut meint mit Deutschland und dem deutschen Volke, die unabwendbare Notwendigkeit, alles das zu tun, was dazu dienen kann, die plutokratische Entwicklung zu hemmen und die Massen vor der Verarmung und Verelendung zu bewahren. Dazu ist eins der wichtigsten Mittel, daß die großen Vermögen zur Deckung der Kriegslasten scharf herangezogen und daß die kleinen Arbeitseinkommen gesichert werden.

Dieser Weg einer gerechten Steuerpolitik findet in der Theorie allgemeinen Beifall, weil er dem sozialen Empfinden aller rechtlich denkenden Menschen entspricht; aber in der Praxis türmen sich viele Schwierigkeiten auf. Schon bei dem ersten Schritt auf diesem Wege, bei der Besteuerung

## Das preussische Kammergericht gegen jede Vorarbeit in den Bäckereien!

Der höchste preussische Gerichtshof hat nunmehr Gelegenheit gehabt, sein Urteil darüber zu sprechen, ob das Nachtbrotverbot irgendwelche Ausnahme gestattet, und ist, wie es ja eigentlich auch gar nicht anders möglich war, zu einer Verneinung gekommen. Es handelte sich um die Revision, die der Bäckermeister Schmich-Berlin gegen seine Verurteilung durch das Landgericht wegen Übertretung des Nachtbrotverbots eingeleitet hatte. Schmich war zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil ein Polizeibeamter eines Tages festgestellt hatte, daß der Sohn des Meisters als Gehilfe zusammen mit dem Lehrling zehn Minuten vor 7 Uhr morgens in der Backstube tätig war. Der Ofen war bereits angeheizt und in eine Schüssel war auch schon Butter und Zucker hineingetan worden. Das Landgericht hatte dann festgestellt, daß sich Geiselle und Lehrling bereits eine halbe Stunde in der Backstube aufgehalten hatten, und war zu der Entscheidung gekommen, daß das Anheizen und die Zurechtlegung der Sutter und des Zuckers in der Schüssel mit „zur Zubereitung von Backware dienen“. Es belegte den Meister mit einer Geldstrafe. Das Kammergericht hat nun die eingelegte Revision mit folgender Begründung verworfen:

Nach der Bundesratsverordnung dürften alle Arbeiten, die zur Bereitung von Backware dienen, in Bäckereien usw. zwischen 7 Uhr abends und 7 Uhr früh nicht vorgenommen werden. Es sei kein Rechtsirrtum, wenn das Landgericht das Anheizen des Ofens und das Hineintun von Zucker und Butter in ein Gefäß zu diesen Arbeiten rechne. Das Landgericht sei mit Recht von dem Zweck der Anordnung ausgegangen. Dieser sei offensichtlich, daß Mehl gesiebt werden solle. Es sollte verhindert werden, daß das frische Gebäck des Morgens in größerer Menge so zeitig herauskomme, daß es von den Leuten, die nicht gerade Langschläfer seien, schon zum ersten Frühstück genossen werden könne. Man habe angenommen, daß infolgedessen ein ganz gewaltiger Winderverbrauch an Weizenmehl eintreten würde. Darum sei verordnet worden, daß vor 7 Uhr morgens in keiner Weise für Backzwecke gearbeitet werden solle.

Die neue Fassung der Bundesratsverordnung hat ja an sich für die Zukunft der bisher immer noch oft eingeschmuggelten Vorarbeit einen Siegel vorgehoben, es ist aber trotzdem erfreulich, daß durch die Stellungnahme des preussischen Kammergerichts noch einmal festgestellt wurde, daß schon bisher kein Meister und Unternehmer berechtigt war, Vorarbeiten irgendwelcher Art ausführen zu lassen. Uns ist heute noch unbegreiflich, wie auch Gerichte, zum Beispiel kürzlich das in Gera, auf Grund der „Sachverständigenausfrage“ interessierter Unternehmer zu einem andern Schlusse kommen konnten.

Die Besteuerung der Kriegsgewinne, hat es sich demnach gezeigt, wie schwer es ist, das Richtige zu treffen. Schon über den Begriff Kriegsgewinn gehen die Meinungen auseinander, und es wird heftig gestritten, was darunter zu verstehen ist. Jeder sucht sich so gut zu drücken, wie es eben geht, und in manchen Fällen läßt sich kaum feststellen, ob ein gesteigertes Einkommen eine Folge des Krieges ist oder nicht. Allen voran sind die Agrarier bereits mit Eifer darauf aus, den Begriff Kriegsgewinn zu verwirren und den Sachverhalt zu verunkeln. Sie können allerdings nicht bestreiten, daß die Landwirtschaft während des Krieges ungeheure Gewinne eingeschmeißt hat; denn die Abschläge der ländlichen Genossenschaften machen dies auch dem Blinde offenbar; aber sie behaupten, diese erhöhten Einnahmen zübten weniger aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse her als vielmehr aus dem Verkauf von Betriebsmitteln. Die Landwirte hätten Pferde, Wagen usw. der Militärbehörde überlassen müssen, und diese Betriebsmittel müßten später wieder gekauft werden, so daß das vereinnahmte Geld wieder ausgegeben werde. Dies ist nur zum Teil richtig; aber es ist nur ein Beispiel, wie sich das Kapital krampfhaft bemüht, sich der Steuer zu entziehen. Die Steuerfurchen des Kapitals ist hinlänglich bekannt, und sie nimmt noch beständig zu, je härter die Steuerfurchen angegraben werden. Da gilt es denn seitens des Staates und der Volkssouveräne, die diesen Namen mit Recht führen, auf der Hut zu sein, damit die steuerfurchen Kapitalisten, denen der unglückselige Krieg zu einer Goldgrube geworden ist, mit ihrem Raube nicht entflüchten. Zu einem guten Teil hat man sie aber jetzt bereits wieder bei der Bejahung über die neuen Steuern entflüchten lassen. Und gar manchem Kapitalisten gefällt es noch nicht einmal, die neuen „Opfer“ tragen zu sollen; sie suchen, sich am liebsten ganz davon zu drücken.

Das beliebteste Mittel des Kapitals, um sich vor der Besteuerung zu drücken, ist die Auswanderung in ein anderes Land, wo die Steuerverhältnisse günstiger sind. Es steht ja dem einzelnen Kapitalisten frei, nach die Stelle zu wählen, wo er seine kapitalistische Tätigkeit, sei es als Unternehmer oder als Gelddarlehner, ausüben will. Schon lange vor dem Kriege haben deutsche Kapitalisten — und selbst solche, die sich auf ihren Patriotismus viel zugurten — ihre Unternehmungen ins Ausland verlegt, weil dort die Produktionsbedingungen günstiger waren, oder sie haben ihr Geld in ausländische Betriebe gesteckt. Allerdings haben diese kapitalistischen Internationalisten durch die Erfahrungen des Weltkrieges eine böse Schlappe erlitten; aber wenn wir erst wieder normale Verhältnisse haben, wird ohne Zweifel wieder viel deutsches Kapital ins Ausland strömen und sich so der heimischen Steuerpflicht entziehen. Eine ähnliche Abwanderung des Kapitals wird sich auch innerhalb unseres deutschen Vaterlandes vollziehen, indem die Kapitalisten ihren Wohnsitz aus den Orten mit hohen Steuerjahren nach solchen mit niedrigeren Steuerjahren verlegen. Schon heute spielt die Frage der hohen oder niedrigen Steuerzuschläge für das Kapital eine wichtige Rolle.

Da gilt es denn, diesen steuerfurchen Elementen, die sich ihrer vaterländischen Pflicht entziehen, das Handwerk zu legen und sie zur Pflichterfüllung zu zwingen. Gerade so gut wie es als ein Verbrechen bestraft wird, sich vor der militärischen Dienstpflicht zu drücken, muß auch die Entziehung von der Steuerpflicht unter Strafe gestellt werden. Es wäre menschenswerter, daß ein beträchtlicher Vermögensteil jener Drückerberger von Staats wegen mit Beschlagnahme belegt würde. Und zwar müssen hier so bald wie möglich Maßnahmen

nahmen ergriffen werden, so daß die kapitalistische Auswanderung (besonders nach den neutralen Staaten) schon jetzt bemerkbar macht. Grundsätzlich kann niemand die Berechtigung einer solchen Maßregel bestreiten, und in der Praxis, vom humanitären Gesichtspunkte aus, wird sich schon ein geeigneter Weg finden lassen, wenn nur der richtige Wille vorhanden ist. Wer am Kriege erheblich verdient hat, soll auch zu den Kosten erheblich beitragen.

### Eine „Eingabe zur Verhinderung des Nachtbrotverbot“

Der Zentralverband deutscher Bauernvereine an den Stellvertreter des Reichsländers, Staatssekretär Dr. Helfferich, sofort gerichtet, nachdem das verhängte Nachtbrotverbot veröffentlicht worden ist. Nach langen Ausführungen, in denen gesagt ist, daß die soziale Wirkung des Nachtbrotverbotes auch erreicht werde, wenn es am 12 Uhr mitternachts bis 7 Uhr morgens beschränkt wird, kommt die Eingabe zu der Forderung, daß in allen Bäckereien, in denen in zwei Schichten gearbeitet wird, die Bäckereien, die zur Bereitung von Backwaren dienen, außerhalb der Zeit von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends stattfinden dürfen.

Es ist selbstverständlich, daß unser Organisationsvorstand zu dieser Eingabe inlenigste Stellung nehmen muß, und wir enthalten uns deshalb zunächst einer Charakterisierung derselben; ihren Wortlaut werden wir in nächster Nummer bringen.

### Das Nachtbrotverbot vor dem Plenum des Reichstages.

Wir brachten unter dieser Überschrift bereits in Nr. 21 einen kurzen Bericht der Reichstagsverhandlung, in der die Regierung auf eine Interpellation des Genossen Siebel mit der Erklärung antwortete, daß das Nachtbrotverbot so lange gelten solle, bis es vom Reichsländer nach dem Kriege wieder aufgehoben wird. Wir bringen nun noch nachfolgend den Wortlaut der Ausführungen des Genossen Siebel, der eifrigst über die viel eingehender die Frage behandelt hat, als es aus den ersten kurzen Berichten der Tagespresse entnommen werden konnte. Er sagte:

Meine Herren! Eine wichtige Frage unseres Arbeiterkampfes ist die Frage des Verbotes der Nachtarbeit im Bäckergewerbe. Der Reichstag hat bereits im vorigen Jahre seine Meinung zu dieser Frage feilschungslos ausgesprochen. In den Reichstagen des Jahres 1914 unter dem 14. März dieses Jahres ist mitgeteilt worden, daß immer noch Besprechungen mit den Beteiligten gepflogen werden und daß diese Besprechungen immer noch nicht zum Abschluß gekommen seien. In meine Herren, es fällt allgemein mit — und in den Kreisen der beteiligten Bäckereiarbeiter und der beteiligten Bauernvereine, namentlich in den Kreisen der Kleinrentner, ist eine große Besorgnis darüber vorhanden — daß sich die Verhandlungen und Besprechungen, die Beratungen und Entscheidungen der Reichsregierung so außerordentlich lange hinziehen. Von den Beteiligten ist mehr als einmal ausgesprochen worden, daß es für sie absolut notwendig ist, wachen sie nicht in die gefährlichste Situation hineinzuführen, noch innerhalb der Kriegszeit, und zwar so schnell als möglich, eine endgültige Klärung in dieser Frage herbeizuführen. Die Leute wachen eben wachen, ob sie sich nunmehr auf einen Betrieb, der die Nachtarbeit nicht mehr kennt, einzurichten haben. — Die Frage ist deshalb so wichtig, weil auch die Verhinderung der zurückkehrenden Krieger, die dem Bäckergewerbe angehören, dabei mit berücksichtigt und auch die der Volksernährung. Da werden Arbeitsgemeinschaften zwischen den zünftigen Arbeitern und Arbeiterorganisationen gegründet, die alle möglichen Vorbereitungen treffen und die, wenn jetzt über die Frage der Nachtarbeit im Bäckergewerbe ein einheitliches Wort gesprochen wird, an Händen und Füßen gefesselt sind, weil sie die erforderlichen Maßnahmen in der nächsten Zeit betriebswirtschaftliche Einrichtungen treffen müssen, deren erhebliche betriebswirtschaftliche Einrichtungen getroffen werden. Es muß dabei berücksichtigt werden, daß die Verhältnisse für die Arbeiter der großen Mägen der Bäckereiarbeiter günstig liegen. Die Arbeiter stehen zum Teil nicht in der Reserve, sie liegen nicht in den Schützengräben, sie sind vielmehr in den Feld- und Garnisonsbäckereien, beim Landwehrdienst, haben also so gut wie keine Verluste. Und der andere Teil liegt in der Reserve, das eine große Anzahl Bäckereien jetzt geschlossen sind, so daß wahrscheinlich ein Mangel an Arbeitskräften bei Kriegsende zu erwarten ist. Man würde aber die Nachhilfe zur Vermeidung einer Vermehrung der Produktionsstätten nötig machen, indem die zurückkehrenden Krieger mit Arbeit versorgt werden können. Nicht nur Arbeitskräftemangel in großen Betrieben, auch große Schwierigkeiten in der Kriegsernährung wären, wenn die Säcke nicht vollständig gefüllt sind, die wachsenden Folgen, weil die Betriebe sich ganz auf die veränderten Betriebsverhältnisse nicht eingerichtet haben. Deshalb ist es dringend notwendig, daß die Reichsregierung gerade diese Frage schleunigst zu einer Lösung bringt, wie sie dem Reichstag in gut wie vollständig genehmigt worden ist. Ich glaube, die im dem 25. März 1915 verabschiedete Nachtbrotverbot, um Vorkehrungen zum Nachhaken zu bringen, aber seit Dezember vorigen Jahres nicht im Reichstag des

Reichstages anheimelnd die ganze Frage. Ich weiß nicht, warum man sich scheut, an die Frage heranzugehen, denn die große Mehrheit der Kleinrentner ist auch Gegner der Nachtarbeit, weil sie den Platz der Nachtarbeit am eigenen Körper empfinden. Sie wünschen daher auch, daß der Zustand der Kriegszeit auch in der Friedenszeit beibehalten wird, weil sie sich mit Recht sagen, daß sie lediglich ihre Gesundheit durch diese regelmäßige Nachtarbeit ruinieren. Wie die kleinen Meister darüber denken, geht aus seiner Aufschrift aus dem Schützengraben hervor, die recht interessant zu lesen ist. So müßte die Stuttgarter Bäder- und Konditor-Zunftszeitung, die aus angeblicher Sorge um die Existenzmöglichkeit der mittleren Bäckereien sich gegen die Beibehaltung der Nachtarbeit stemmt, seinen Protest aus dem Schützengraben abgeben, und in diesem Briefe heißt es: „Wer durchwegs die Nachtarbeit wieder haben will, soll doch seinen ehelichen Beruf als Bäckereimeister an den Nagel hängen und Nachwächter werden. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube, diese Empfehlung ist durchaus angebracht. Dieses Schreiben ist aber gleichzeitig ein Beweis dafür, wie von kleinen Bäckereimeistern selbst auch der Wunsch vertreten wird, daß die Nachtarbeit in den Bäckereibetrieben verschwindet. Wir müssen deshalb um das Reichsamt des Innern die Bitte richten, diese Frage schnell zum Abschluß zu bringen, damit die Bäckereien die betriebstechnischen Verbesserungen herbeiführen können. Sie scheuen die Aufwendungen und Einrichtungen, solange sie nicht eine völlige Klarheit darüber besitzen, wie der Zustand eigentlich nach dem Kriege sein wird. Ich hoffe auch, daß wenn wirklich das Tempo im Reichsamt des Innern nicht schneller wird, von einer Wiederaufhebung des Erlasses des Reichsländers vor der Lösung dieser Frage, wie sie am Reichstagsbeschluss festgelegt ist, keine Rede sein kann. Man darf daher wohl annehmen, daß auch, ohne daß nun das Reichsamt so schnell arbeitet, wie es das Bäckergewerbe gerne sieht, doch jetzt bereits die Einrichtungen für den neuen Zustand getroffen werden können, der die Nachtarbeit ausschließt.“

Das sind treffende Ausführungen, und es ist begreiflich, daß auch die energischste Verteidigerin der Nachtbrotverbot, die Stuttgarter „Allgemeine Deutsche Bäder- und Konditor-Zeitung“, darüber einige Fragen aufregt. Sie beschließt den Interpellanten, einseitig berichtet zu haben, indem er nur die eine Stimme gegen die Nachtarbeit, aber nicht die vielen, die für sie sprechen, anführt. Ich, wenn Genosse Siebel das ganze Material in dieser Frage zur Hand gehabt hätte, so würde selbst der Reichstag leicht davon zu überzeugen gewesen sein, daß wirklich die Mehrzahl der Bäckereimeister heute Freunde der Nachtarbeit geworden sind. Oder sind der Stuttgarter die Beschlüsse des Gesamtvorstandes des „Germania“-Verbandes und die Abstimmungen im Zunftsverbande nicht bekannt? Wie heimlich das jähwählige Zunftsblatt kämpft, zeigt sich aber vor allem darin, daß es Siebel der „nationalen Unwahrheit“ zeugt, weil er ausführt, die Bäder händen zum Teil nicht in den Fronten und hätten also so gut wie keine Verluste. Das letztere trifft ja leider nicht zu, weil neben den in Feldbäckereien usw. arbeitenden Bäckern noch große Massen anderer eingezogen wurden, so daß bekanntlich der Verband heute mehr Mitglieder im Felde stehen hat, als er vor dem Kriege männliche Mitglieder hatte; aber trotzdem ist es doch nicht falsch, daß unsere Kollegen zu einem großen Teile nicht in Schützengräben liegen und die Verluste deshalb doch etwas geringer sind, als bei anderen Berufsgruppen. Dafür, daß Siebel nun nicht die ganz genauen Zahlen bei der Hand hatte, heißt es von ihm: „Von alledem scheint der Reichstagsabgeordnete Siebel nichts zu wissen. Angehts dieser Tatsachen will es uns als gutes Umen dünken, wenn die Stuttgarter „Bäder- und Konditor-Zeitung“ auch in der Frage des Nachtbrotverbotes keine Gemeinschaft mit dem Abgeordneten Siebel und seinen Organisationsgenossen hat.“

Das Urteil über diese Bemerkungen können wir wohl mitern Befehl überlassen.

### Ueber die Erfahrungen mit der Beschäftigung von Kriegsbetroffenen

Wir sind aus einem Bezirk folgendes berichtet: Der betreffende Kollege, um den es sich handelt, ist seit Anfang Dezember 1915 in einem größeren Betriebe eingestellt. Es heißt ihm der rechte Fuß unter dem Reine, und manche glauben, das er als Wärgel nicht mehr zu verwenden sei. Aber der Kollege arbeitet seit dieser Zeit ohne Unterbrechung und täglich zehn Stunden. Er mag ab, wird und wird auch zur Nachhilfe beim Aufsehen am Dien mit herangezogen. Im Betriebe stehen zwei Doppelanzugsöfen und ein Einziehofen, je zwei Leigenschmiedemaschinen; beschäftigt sind acht Mann. Zum Heben und Tragen schwerer Lasten reicht natürlich die Kraft des Verletzten nicht aus; aber jedenfalls liegt der Beweis vor, daß auch in Bäckereibetrieben solche Kriegsbetroffene recht wohl beschäftigt werden können, ohne daß der Betrieb Nachteile hat. Notwendig ist es natürlich, daß die Mitarbeiter einem solchen, trotz alledem behauerntwerten Kollegen jederzeit und in jedem Falle treu zur Seite stehen und ihm nach Möglichkeit die Arbeit zu erleichtern suchen; es könnte nur ein ganz schlechter Charakter sein, der anders handelt.

### Eine „Reichsbrotwacht“

In der letzten Zeit abgehalten worden, das heißt man hatte in allen Kreisen eine Sammlung von guten Büchern veranstaltet, um die „Feldbäckereien“ aufzufüllen und zu veranlassen. Bestrebungen, von denen im Interesse unserer Gefährten nur zu wünschen ist, daß sie recht guten Erfolg gehabt haben. Es wird aber auch nicht fehlen, wenn wir die Kollegenschaft auffordern, sich nicht mit dem Bewußtsein zu begnügen, daß nach dieser Richtung durch das rote Kreuz usw. viel Lebenswertes getan wird, sondern auch selbst ihren Freunden einen Liebesdienst dadurch zu erweisen, daß sie ihren wachenden Leisungen unerschöpfend in reichlichem Maße zugute lassen! Andere Mittel, sich geistig zu unterhalten und aufrechtzuerhalten, geben ja dem Feldsoldaten fast gar nicht zu Gebote, als das gedruckte Wort! Und leider scheint es auch in der Verteilung des durch öffentliche Sammlung zusammengebrachten Materials an manchen Stellen der Front noch einwandfrei zuzugehen, wie es durch eine Zuteilung

unseres Kollegen Gggerstedt an das Bielefeld-Parteiorgan schon vor mehreren Wochen ersichtlich war. Auch E. richtete eine Bitte an Bücher an die Öffentlichkeit und sagte:

Mit großer Genugtuung haben wir am Felde die Folgen in der Presse verfolgt, die aus Nachrichten brachten von Bäckereien, die für die Truppen zum Teil aus Mitteln der Allgemeinheit durch Vermittlung des Roten Kreuzes zusammen gestellt wurden. Hier wurde, zumal bei der langen Kriegsdauer, einmütig gefühltes Bedürfnis Rechnung getragen. Mit noch größerer Genugtuung begrüßten wir es, als in unserem Quartier eine mehrere tausend Bände umfassende Bücherei eingerichtet wurde. Leider war unsere Freude nicht von langer Dauer, denn bald nach der Eröffnung wurde uns erklärt, daß von Mannschaften keine Bücher mehr ausgeteilt werden könnten, sondern lediglich an Offiziere und Unteroffiziere nach diesen in mancher Beziehung sehr reichhaltigen Sammlungen vor uns am unsere Klaffengenossen mit der Bitte, daß sie wenn sie auch nicht in der Lage sind, selbständige Büchereien ins Feld zu senden, bei Geld- oder Bücherpenden darauf dringen, daß auch Mannschaftenbüchereien ins Feld gebracht werden.“

Die Büchereien sind demnach, was dringender Abhilfe bedarf, noch nicht einmal dem Soldaten überall zugänglich gemacht worden, und deshalb ist es um so wichtiger, daß jeder einzelne mit dafür sorgt, daß seine Freunde nicht geistig Hunger leiden. Natürlich darf es unter keinen Umständen Schandstoffs sein, der hinausgeht, am zweckmäßigsten ist immer wirklich belehrender, aber nicht schwer zu erfassender Stoff, und schöngestillende Literatur. Der Frontsoldat muß von seinem ewigen Feldgraben Eimerlei und seinem grausamen Handwerk abgelenkt sein! Daß er dabei noch mit dem gewerthaltigen und politischen Leben in der Heimat in engerer Fühlung bleiben soll, ist natürlich selbstverständlich. Auch unsere Ortsverwaltungen sollen in diesen Fragen immer anregend wirken, und sie können, wenn es ihnen zum Beispiel bekannt ist, daß eine größere Zahl der Kollegen an einer Stelle veretigt ist, wie im Feld- und Stappenbäckereien auch bergleichen, selbst für Zusammenstellung kleiner Büchereien Sorge tragen. Es läßt sich da mit beschleunigten Mitteln ganz Erfriechliches schaffen. An solche Stellen läßt sich unter anderem zum Beispiel auch unsere Verbandsgeschichte in einem oder einigen Exemplaren schicken, was den Zahlstellen nur eine lächerlich geringe Ausgabe verursacht, die in ihrer Wirkung aber den besten Erfolg zeitigen muß. Im übrigen haben ja unsere Parteibuchhandlungen überall billige Ausgaben guten Lesestoffes stets zur Hand!

### Aus dem Reichstage.

Der Reichstag ist nunmehr wieder vertagt und wird erst im Herbst seine Tätigkeit neu aufnehmen; die letzten Wochen brachten noch außerordentlich wichtige und interessante Verhandlungen. Eine außerordentlich wichtige Verhandlung ist die am 1. Dezember 1915 im Reichstag über die politische Vorgänge in der Türkei, die Tagespresse zu unterrichten. Ungefährlich soll hier kurz werden, daß das Vereinigtes, dessen von der Regierung vorgelegte Änderung am 21. Dezember 1915, nach der Vorlage angenommen worden ist. Alle Berichte an der Kommission, die Auswertung der weiteren Unzulänglichkeiten und Hindernisse des Gesetzes — Minderrechte der Landarbeiter, Sprachenparagrafen usw. — zu erreichen, scheiterten aber und so hat die sozialdemokratische Fraktion, um wenigstens die Änderungen zu retten, sich entschlossen, für die Vorlage zu stimmen. Die Regierung hatte leider erklärt, daß weitere Zugeständnisse für sie unannehmbar seien. Die äußerste Grenze war der Meinung, das Gesetz sei nunmehr eher noch schlechter, und stimmte gegen die Annahme; ebenso handelte die äußerste Rechte, der es natürlich zu weit ging.

Die Steuererlässe, die nach den Verhandlungen in der Kommission der Regierung noch mehr Geld bringen werden, als sie erst gefordert hatte, wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten unter Dach und Fach gebracht; die sozialdemokratische Fraktion war zwar willens gewesen, die angeforderten Gelder zu bewilligen, konnte aber der weiteren Belastung der Tabakindustrie und der Unterbindung des Verkehrs und Handels, wie sie durch Erhöhung der Postgebühren und die Stempelabgabe in Erscheinung treten werden, nicht zustimmen. Die Kriegsgewinnsteuer war ebenfalls nicht noch in ganz erheblichem Maße gemildert worden! Letztere wurde aber von der sozialdemokratischen Fraktion noch zugestimmt, während sie den Gesamtetat ablehnte.

Auf die dunnellen Mächte, die unsere innere und äußere Politik beherrschen, warf es ein großes Schlaglicht, daß der Reichsländer sich gegen Freibereien in die Öffentlichkeit flüchten mußte, die gewisse Kreise gegen ihn immer wieder angeteilt, weil er nach außen und innen nicht genügend den starken Mann zeigte. Und dabei kann man doch wirklich nicht sagen, daß die Regierung nach beiden Richtungen mehr Konzeptionen mache, als die Situation von ihr gerade erfordert. Aber was der Reichsländer an jenem Tage vor allem einmal den verantwortlichen Parteien in internationalistischen Kreisen sagte, war jedenfalls erfreulich. Unzuverlässig ist auch, daß er persönlich dahin strebt, in Zukunft die nationale Moral aus der öffentlichen Diskussion auszuschleiden. Der Erfolg hat, muß freilich vorläufig noch angezweifelt werden.

Die Ernährungsfragen nahmen naturgemäß einen großen Raum der letzten Verhandlungen in Anspruch und führten bei der ganzen verfahrenen Sachlage und der bisher mangelnden Energie auf manchen Gebieten zu heftigen Explosionen. Schließlich hat der Reichstag auf neue Kriegskredite in Höhe von 12 Milliarden bewilligt; die äußerste Linke lehnte sie wieder ab. Bei den Auseinandersetzungen über diese und andere Fragen griff der jetzige stellvertretende Reichsländer Dr. Helfferich verchiedene Male in so aggressiver Weise ein, daß man zu der Ueberzeugung kommen muß, er gehört auch nicht gerade zu den Naturen, die Gegensätze ausgleichen können für einen Staatsmann allerdings alles andere, aber kein Vorzug.

Etwas, was ohne Einschränkung als gut anerkannt werden wird, ist die nunmehr beschlossene Herabsetzung der Altersgrenze im Altersversicherungsgesetz von 70 auf 65 Jahre — Mäße, wenn der Reichstag zu seiner nächsten Sitzung zusammentritt, endlich der Tag des Friedens gekommen sein, oder doch wenigstens in nächster Aussicht stehen!

Wirtschaftliche Nachrichten

Eine für die Eisenbahnindustrie nicht unbedeutende Maßnahme ist unlangst vom Reichsminister beschlossen worden: die zuletzt im Jahre 1913 v. g. g. festgesetzte Anlage für die Eisenbahn...

sondern Betriebe zur Erzeugung anderer chemischer Produkte in einem vertriebenen Gebiet. Unheimlich zeigte die erweiterte Interessengemeinschaft in der deutschen chemischen Industrie zur Nachahmung in England...

gegen die Beschränkung der Arbeitskraft, so sind Vereinbarungen seitens der Organisation mit dem betreffenden Arbeitgeber über ihre Entlohnung zu treffen. Auf jeden Fall haben wir alles aufzubieten, um nicht einzelne Arbeiter zu verlieren...

Verbandsnachrichten

Der Verbandsvorstand hat in seiner Sitzung beschlossen, das die „Ordnung der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaften“ allen Verbandsmitgliedern...

Verbandsnachrichten

Der Verbandsvorstand hat in seiner Sitzung beschlossen, das die „Ordnung der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaften“ allen Verbandsmitgliedern...

Es mehren sich die Fälle, wo in Kräfte ver- tennmliche Kollegen von der Militärverwaltung zur Entlassung kommen und wieder in einem Vertriebe in Arbeit...

Es mehren sich die Fälle, wo in Kräfte ver- tennmliche Kollegen von der Militärverwaltung zur Entlassung kommen und wieder in einem Vertriebe in Arbeit...

Wichtiges: Die Arbeiter und Bauernzeitung...

Wirtschaftliches

Wirtschaftliches für die Arbeiter und Bauernzeitung

Die Arbeiter und Bauernzeitung... Wirtschaftliches für die Arbeiter und Bauernzeitung...

Wirtschaftliches für die Arbeiter und Bauernzeitung... Die Arbeiter und Bauernzeitung...

Wirtschaftliches für die Arbeiter und Bauernzeitung... Die Arbeiter und Bauernzeitung...

Geographische Notizen

Die Geographische Notizen... Die Arbeiter und Bauernzeitung...

Wirtschaftliches für die Arbeiter und Bauernzeitung... Die Arbeiter und Bauernzeitung...

Wirtschaftliches für die Arbeiter und Bauernzeitung... Die Arbeiter und Bauernzeitung...

Wirtschaftliches für die Arbeiter und Bauernzeitung... Die Arbeiter und Bauernzeitung...

Wirtschaftliches für die Arbeiter und Bauernzeitung... Die Arbeiter und Bauernzeitung...

Arbeiter und Bauern

Arbeiter und Bauern... Die Arbeiter und Bauernzeitung...

Mitteilungen

Mitteilungen... Die Arbeiter und Bauernzeitung...

Spätkurs am 17. Juni... Die Arbeiter und Bauernzeitung...

Mitglieder- bzw. öffentliche Verksammlungen... Die Arbeiter und Bauernzeitung...

Anzeigen

Stadtrat... Die Arbeiter und Bauernzeitung...

Zahlstelle Hamburg-Altona... Die Arbeiter und Bauernzeitung...

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen... Die Arbeiter und Bauernzeitung...

Zwieback... Die Arbeiter und Bauernzeitung...

Gebräuchte Säfte... Die Arbeiter und Bauernzeitung...

REIDL'S BACK PULVER... Die Arbeiter und Bauernzeitung...